

E-Control GmbH
z.H.: Vorstand
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

2012.01.12

Sehr geehrter Herr DI Boltz!
Sehr geehrter Herr Mag. Graf!

Wir bedanken uns bei Ihnen für die Möglichkeit, an der Konsultation zum laufenden Marktregelprozess teilnehmen zu können.

Bezugnehmend auf die Vorstellung der Zwischenergebnisse der KEMA-Studie am 20. Dezember 2011 möchten wir allerdings anmerken, dass wir uns wesentlich mehr Informationen zum geplanten Balancing Regime im neuen Marktmodell erwartet hätten. Tatsächlich wurde hauptsächlich die Methodik der Studie, sowie eine Zusammenfassung des derzeitigen Umfelds der Gasmärkte in Österreich und anderen EU-Staaten erläutert. Konkrete Ergebnisse, die für eine operative Umsetzung hinsichtlich IT und Vertragsbasis im gesetzlich geforderten Zeitrahmen dringend notwendig wären, waren für uns aus der Präsentation nicht ableitbar. Wir ersuchen Sie daher, den Marktteilnehmern möglichst bald konkrete Ergebnisse bzw. Vorschläge mitzuteilen.

Zu einigen Fragen über die Zwischenpräsentation möchten wir Ihnen unsere Antworten bzw. Anmerkungen wie folgt übermitteln:

Fragen an die Marktteilnehmer:

Fragen unter Annahme getrennter Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesysteme für Fernleitungsnetz und Verteilergbiet

Wir sprechen uns für einen einheitlichen Gastag sowohl im Fernleitungsnetz als auch im Verteilgebiet aus. Die Überschneidung von Gastagen kann auch bei der Einspeisung von standardisierten Gasprodukten in das Verteilnetz die Komplexität der operativen Abwicklung immens erhöhen.

Die Ausgleichsenergie für beide Netzebenen wird vorrangig über den VHP abgerufen und somit steht auch dieselbe Plattform mit den gleichen Produkten sowohl für den Marktgebietsmanager, für den Verteilgebietsmanager als auch für die Bilanzgruppenverantwortlichen (BGVs) zur Verfügung.

Die einzige Unterscheidung bei Bilanzierungsmechanismen ist die Differenzierung zwischen „ex-ante“-Abrufen, die ausschließlich vom Marktgebietsmanager (MGM) zum Ausgleich von unausgeglichenen Nominierungen durchgeführt werden, und („ex-post“-Abrufen von physikalischer Ausgleichsenergie, bei welchen der Verteilgebietsmanager (VGM) die physischen Fehlmengen für das Verteilgebiet organisiert.

Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen im Fernleitungsnetz und Verteilgebiet individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des Gesamtsystems verhindert werden?

Kommerzielle Optimierungsstrategien sind bei „ex-ante“ Bilanzierungsmaßnahmen unwahrscheinlich, da der Ausgleichsenergiepreis für „ex-post“-Mengen (physikalische Ausgleichsenergie) erst im Nachhinein bekannt ist. Es kann unterschiedliche Preise für „ex-ante“ und „ex-post“-Mengen nur aufgrund des unterschiedlichen Zeitpunkts des Abrufs geben, der Preis an der Plattform ist zum Ausführungszeitpunkt für alle Teilnehmer derselbe.

Soll es im Fernleitungsnetz Toleranzen pro Bilanzgruppe geben? In welcher Höhe und wie können diese ausgelegt sein (stündlich, kumulativ)?

Grundsätzlich ist jede Bilanzgruppe dazu angehalten, ausgeglichen zu nominieren, jedoch wäre die Akzeptanz kleiner Fehlmengen (z.B. <1 MWh) vorstellbar. Toleranzen machen daher in dem Ausmaß Sinn, bis die kleinste abrufbare Bilanzeneinheit (z.B. 1 MWh) am VHP erreicht ist.

Fragen unter Annahme eines einheitlichen Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesystems für das Marktgebiet:

Grundtenor der österreichischen Gaswirtschaft ist die Beibehaltung des stündlichen Bilanzierungs- und Ausgleichsenergieregimes für das Verteilgebiet. Ebenso sehen die Balancing FG die Einführung einer Tagesbilanzierung nur für die Fernleitungsebene vor. Der CEGH kann mit dem bestehenden stündlichen System für das Verteilgebiet und den kommenden Produkten für Balancing den Markt effizient bedienen.

Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen in angrenzenden Marktgebieten individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des österreichischen Systems verhindert werden?

Diese Frage steht unseres Erachtens nicht in Zusammenhang mit der derzeit hypothetischen Einführung eines Tagesregimes für das Verteilgebiet. Generell sollte Arbitrage zwischen Märkten nicht verhindert werden, da dies eine der Triebfedern des europäischen Commodityhandels und der Bildung eines europaweit einheitlichen Energiebinnenmarktes ist.

Sollen untertägige Beschränkungen auf Stundenbasis oder auf kumulierter Basis gesetzt werden?

Eine genauere Definition des Begriffs „untertägige Beschränkung“ (Beschränkung der Nominierungen, der Imbalance-Toleranz, etc.?) ist zur Beantwortung dieser Frage jedenfalls erforderlich.

Für beide Ausgestaltungsarten:

Welche Veröffentlichungs- und Informationspflichten sind notwendig, um den Zielen eines marktorientierten Ausgleichsmodells zu entsprechen?

Die zeitgerechte Information eines BGVs über eine Nominierungsunausgeglichenheit, damit sich BGVs selbst über den VHP und über die Börse „ex-ante“ ausgleichen können. Entsprechend sollten near-real-time Informationen über die „Balance“ des Fernleitungsnetzes verfügbar sein.

Welche Bemessungsgrundlage sollte für Toleranzen herangezogen werden?

Toleranzen machen in dem Ausmaß Sinn, bis die kleinste abrufbare Balancingeinheit (z.B. 1 MWh) am VHP erreicht ist.

Sollte es zwangsweise ein auf Prognose und zeitnahe Ausgleich basierendes Ausgleichsverfahren etabliert werden oder ist unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zum nachträglichen Ausgleich eines entstandenen Ungleichgewichts ebenfalls zu berücksichtigen?

Uausgeglichenheiten sollen grundsätzlich vorrangig am VHP ausgeglichen werden. Eine nachträgliche Verschiebung von Mengen ist daher nicht notwendig und operativ ohne mögliche Diskriminierung von Marktteilnehmern nur schwer umzusetzen.

Sollte es in der Bilanzzone Toleranzen für den Stabilitätsgrad des Gesamtsystems geben? Sollten Netzbenutzer einen Anreiz zum Systemausgleich erhalten?

Da jeder Marktteilnehmer angehalten ist, in Summe im Marktgebiet ausgeglichen zu nominieren, kann davon ausgegangen werden, dass das Gesamtsystem nominierungstechnisch ausgeglichen sein wird. Physikalische Stabilitätsgrenzen können nur aus den Erfahrungen der Netzbetreiber abgeleitet werden, daher sollte diese Frage auch von diesen beantwortet werden.

Anreize zum Systemausgleich sollen marktwirtschaftlich gegeben sein, also ausschließlich über Nutzung des VHP und der Börse.

Für uns sind noch folgende Punkte von hoher Relevanz, welche für uns im bisherigen Marktregelprozess noch unbeantwortet blieben:

- Wie würde ein zukünftiges Nominierungsregime in Österreich bei Gastagesüberschneidungen im Marktgebiet und gegenüber benachbarten Märkten lauten?
- Wie erfolgt die Strukturierung im Verteilgebiet bei bandförmigen Einspeisungen?
- Wie kann durch den Marktregelprozess die Überführung des Flanschhandels auf den VHP bestmöglich unterstützt werden?

Wir sehen einem weiteren konstruktiven Verlauf der Marktregeldiskussion positiv entgegen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gottfried Steiner
Chief Executive Officer



Bernhard Seiberl
Chief Operating Officer